

CSU lehnt die Neueinteilung der Wahlkreise im Allgäu ab

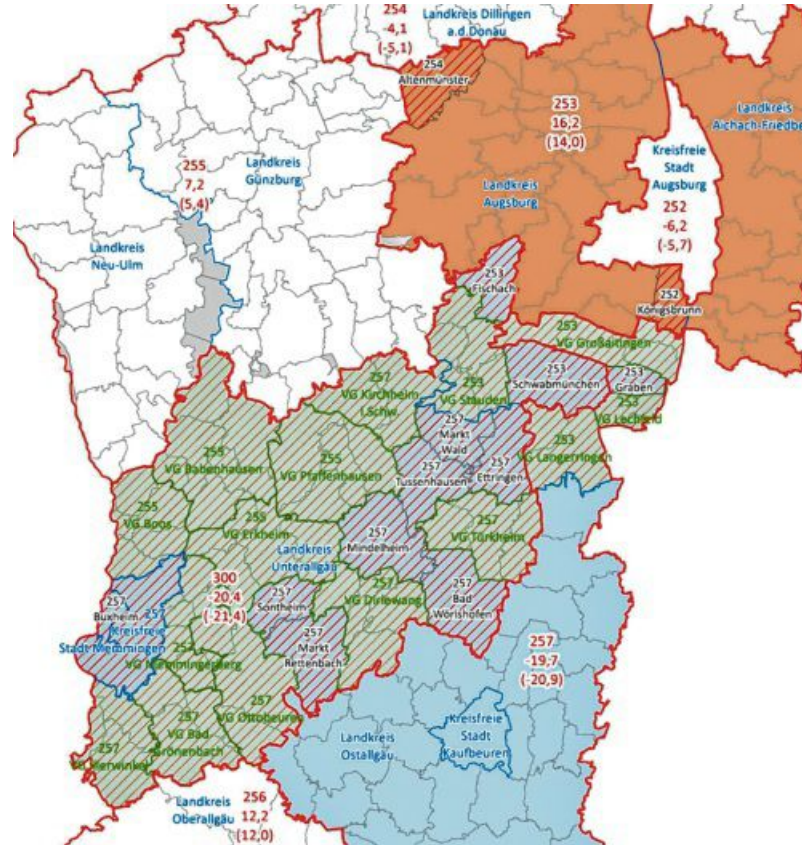
Weil in Bayern die Bevölkerung wächst, muss ein neuer Wahlkreis geschaffen werden. Warum sich aber Bayerns Innenminister Herrmann und der Abgeordnete Stracke wehren.

Mindelheim Der Kaufbeurer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) spricht von „Wahlkreis-Wirrwarr“, den die Ampel-Koalition in Berlin verursache. Mit der geplanten Neueinteilung werde der bisherige Wahlkreis Ostallgäu und die kreisfreie Stadt Kaufbeuren umfassen, ein neu zu bildender Wahlkreis Memmingen-Unterallgäu den Landkreis Unterallgäu und die kreisfreie Stadt Memmingen. Diese beiden Wahlkreise sollen aus dem Wahlkreis Augsburg-Land weitere Gemeinden erhalten. Es ist zu erwarten, dass die Ampelfraktionen den Gesetzentwurf bereits im November in den Deutschen Bundestag einbringen werden.

Die Entscheidung der Berliner Koalition aus SPD, Grünen und FDP sei gegen die fachliche Empfehlung des Bundesinnenministeriums erfolgt, schreibt Stracke. Dieses habe sich klar für einen neuen fünften Wahlkreis in der Stadt München ausgesprochen. „Die Ampel ignoriert damit bewusst den Sachverstand der Experten und handelt gegen deren

fachlichen Rat“, so Stracke. Die gewählten Wahlkreiszuschnitte hätten nur für die kommende Bundestagswahl Bestand. Denn nach der von der Ampel beschlossenen Wahlrechtsreform gelten mit Wirkung zum 1. Januar 2026 neue Toleranzgrenzen, nach denen die Wahlkreise zwingend verändert werden müssen. Diese liegen derzeit bei ± 25 Prozent und in Zukunft bei ± 15 Prozent. Der neue Wahlkreis Memmingen-Unterallgäu liegt nach dem Zuschnitt durch die Ampel bei -20,4 Prozent, der Wahlkreis Ostallgäu bei -19,7 Prozent. „Damit ist bereits jetzt absehbar, dass die beiden Wahlkreise bei der übernächsten Bundestagswahl erneut angepasst werden müssen“, kritisierte Stracke. Diese Kurzsichtigkeit produziere Wahlkreis-Wirrwarr und Politikverdrossen bei den Wählerinnen und Wählern. Dies wäre vermeidbar gewesen, wenn die Ampel sich für einen weiteren Wahlkreis in der Stadt München entschieden hätte.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hat sich in der Sache an Bundesinnenministerin



Die von der Bundesregierung angestrebte Wahlkreisreform ist in der CSU umstritten. Foto: Wahlkreisbüro Stracke

Nancy Faeser (SPD) gewandt. Herrmann bedauert, dass im Vorfeld der Erstellung des Gesetzentwurfs abweichend von der bisherigen Staatspraxis weder ein ergänzender Bericht der Wahlkreis-Kommission angefordert noch zumindest den betroffenen Ländern die Gelegenheit gegeben worden sei, sich vorab zu den sie betreffenden Änderungsvorschlägen zu äußern. Die Beteiligung der Länder, wie sie durch die Wahlkreis-Kommission vor Erstellung ihres Berichts regelmäßig erfolgt, soll gerade sicherstellen, dass beim Zuschnitt der Wahlkreise die regionalen Gegebenheiten möglichst umfassend berücksichtigt werden. Wahlkreise sollen ein zusammenhängendes und abgerundetes Ganzes bilden, dessen Bürger eine regionale politische Einheit repräsentieren.

Auch Herrmann kritisiert den zusammengestückelten neuen Wahlkreis 255 Memmingen-Unterallgäu. Wie Stracke hätte auch Herrmann einen neuen Wahlkreis München gutgeheißen – schon allein, weil München weiter stark wachsen werde. (mz)